



Bezirks- Seniorenbeirat
Hamburg-Mitte
Hamburg-Eimsbüttel
Hamburg-Nord
Hamburg-Altona
Hamburg-Wandsbek



Presseinformation

Hamburg 17. April 2024

Bereits mehr als 15.000 Unterschriften für Forderung nach Inflationsausgleich für Rentner*innen

Länderübergreifendes Bündnis aus Gewerkschaften, Sozialverbänden und Seniorenbeiräten in Schleswig-Holstein und Hamburg fordert außerdem eine Debatte über auskömmliche Renten

Für die Forderung nach einem steuer-, abgaben- und anrechnungsfreien Inflationsausgleich für Rentner*innen von insgesamt 3.000 Euro hat ein breites Bündnis aus IG Metall, den AWO- und SoVD-Landesverbänden Schleswig-Holstein und Hamburg, dem VdK-Nord, dem VdK-Hamburg sowie vielen Senior*innenbeiräten, innerhalb der ersten Wochen bereits mehr als 15.000 Unterschriften gesammelt. In beiden norddeutschen Bundesländern wollen die Bündnispartner bis Ende Mai weitere Unterschriften sammeln. Darüber hinaus können Unterstützer*innen für die Forderung [„3.000 Euro Inflationsausgleich auch für Rentner*innen! Jetzt!“](#) seit heute auch online auf www.weact.de unterschreiben. Zudem zeichnet sich ab, dass sich weitere Partner dem Bündnis anschließen und ebenfalls Unterschriften sammeln werden. Die gesammelten Unterschriftenlisten werden dann am 15. Juni zeitgleich in Kiel und Hamburg an Vertreter*innen aus der Politik übergeben.

Seit 2021 liegen die Rentenanpassungen unter den Inflationsraten und decken bei weitem nicht die Teuerung bei den Heizungs- und Energiekosten, den Mietsteigerungen, bei Medikamenten und besonders bei Lebensmitteln. Das Geld reicht bei vielen Rentner*innen kaum noch bis zum Monatsende. Zu Recht haben die Gewerkschaften bei den letzten Tarifverhandlungen einen Inflationsausgleich für die Arbeitnehmer*innen in Höhe von 3.000 Euro erstritten. Der öffentliche Dienst hat ihn ebenfalls für seine Bundes- und Landes pensionär:innen gezahlt. Da der soziale Frieden auf Gerechtigkeit basiert, fordert das Bündnis auch für Rentner*innen einen Inflationsausgleich von 3.000 Euro.

Zusätzlich wollen sich die Bündnispartner für eine Reform des Rentensystems stark machen und eine Debatte darüber anregen, wie die gesetzliche Rente gestärkt werden kann. Ein wichtiger Baustein wäre nach Ansicht der beteiligten Verbände und Gewerkschaften, dass eine Erwerbstätigenversicherung eingeführt wird, in die auch Beamt*innen und Selbständige einzahlen.

Horst Emmel, stellvertretender Präsidiumsvorsitzender AWO Hamburg: „Schon jetzt werden immer mehr Rentner*innen zum staatlichen Versorgungsfall. Daher fordern wir eine echte Rentenreform, die die Finanzierungsbasis der gesetzlichen Rente insgesamt auf breitere Beine stellt und sich nicht auf eine mögliche Rendite des neuen Generationenkapitals am Aktienmarkt verlässt.“

Klaus Wicher, Landesvorsitzender SoVD Hamburg: „Rentner*innen haben ihr Leben lang mit ihren Einzahlungen das Rentenmodell getragen. Die Fairness gebietet es, dass wir solidarisch gegenüber denjenigen sind, die die anfallenden Härten, wie eben eine hohe Inflation, hohe Energie- und Lebensmittelpreise, aus eigener Kraft nur noch schwer ausgleichen können.“

Kontakt für Rückfragen:

Horst Emmel
AWO Landesverband Hamburg e.V.
Stv. Vorsitzender des Präsidiums
Tel.: 01787314372
www.awo-hamburg.de

Sieglinde Frieß
SoVD Landesverband Hamburg
Stv. Landesvorsitzende
Tel.: 0170/401 69 62
sieglinde.friess@sovd-hh.de
www.sovd-hh.de